BERLIN BOX BusinessMagazin

Berliner Influencer rücken ins Visier der Steuerfahndung (Symbolbild) | Foto: nortonrsx, Canva

Steuerfahndung: Influencer im Visier

14. August 2025

Im Juli hielt die Welt der Influencer in Nordrhein-Westfalen den Atem an. Die dortigen Behörden hatten bekannt gegeben, dass sie einem möglichen Steuerbetrug von insgesamt rund 300 Millionen Euro auf der Spur sind, basierend auf einer Analyse von circa 6.000 Datensätzen. Nun nehmen auch Berliner Steuerfahnder tausende Unterlagen von heimischen Influencern genauer unter die Lupe. Laut offiziellen Angaben liegen bislang circa 4.000 Datensätze verschiedener Social-Media-Akteure vor.

Dass Influencer allzu gerne und auch oft in übertriebener Weise ihr Leben in sozialen Medien zeigen, ist bekannt. Ebenso, dass sie dabei zahlreiche Produkte bewerben, auch wenn am Ende nur das Geld von wirklichem Interesse ist. Doch viele Akteure aus dieser „Berufsgruppe“ zahlen dafür womöglich keine Steuern und rücken deshalb im öfter ins

Visier der Behörden, so auch in Berlin derzeit. Woher die Berliner Datensätze stammen, ist unbekannt, jedoch gehen Experten davon aus, dass es sich um Daten aus den gleichen Datenpaketen wie in NRW handeln könnte.

Die vorliegenden Daten werden nun gesichtet, aufbereitet und an die Berliner Finanzämtern zur weiteren Bearbeitung übermittelt. Das Land tausche sich dabei auch mit den Steueraufsichtsstellen der anderen Bundesländer aus.

Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki (CDU) ordnet die Sachlage ein: „Allein die Tatsache, dass Personen oder Unternehmen in diesen Datensätzen aufgeführt sind, lässt nicht automatisch auf ein steuerliches Fehlverhalten schließen. Wie in anderen Einkommensbereichen besteht jedoch auch bei Einnahmen, die über Social-Media-Plattformen erzielt werden, das Risiko, dass Einkünfte nicht ordnungsgemäß erklärt werden."

Kritik an Behörden: SPD hakt nach

Dem Steuerexperten Sebastian Schlüsselburg (SPD) reichen die bisherigen Angaben bzw. Vorgehensweisen der Senatsfinanzverwaltung jedoch nicht aus. Er kritisiert: „Während Nordrhein-Westfalen offensiv und transparent gegen möglichen Steuerbetrug von Influencern vorgeht, beschränkt sich der Berliner Senat auf defensive Antworten. Dabei liegen in Berlin selbst 4.000 Datensätze auf dem Tisch." Anlass für die Kritik sind unkonkrete Zahlen sowie Informationen über Ermittlungen oder Nachveranlagungen. Schlüsselburg kündigte an, weiter Druck machen zu wollen: „Denn hier geht es um Gerechtigkeit – Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern schadet uns allen." (mz)